

VOLLVERSAMMLUNG DES LANDESJUGENDKONVENTS DER EVANG JUGEND IN BAYERN  
29. MAI BIS 1. JUNI 2025

## Beschluss

### Antrag 15: Verhindern der staatlichen Finanzierung der "Desiderius-Erasmus-Stiftung"

Die Vollversammlung des Landesjugendkonvents beschließt:

1. Den folgenden Brief an Bundesinnenminister Alexander Dobrindt und die Mitglieder der demokratischen Parteien des Innenausschusses des deutschen Bundestags und alle bayrischen MdBs der demokratischen Parteien zu schicken:

Sehr geehrte Frau / Sehr geehrter Herr...,

wir, die Ehrenamtlichen der Evangelischen Jugend in Bayern (EJB), sehen als Teil unseres christlichen Selbstverständnisses den Eintritt für und die Verteidigung der Demokratie. Daher schätzen wir den Beitrag, den die parteinahen Stiftungen zur Erhaltung und zur Förderung einer starken Demokratie leisten. Diese Rolle erfüllen sie unter anderem durch Demokratiebildung. Damit ist es umso wichtiger, dass sich diese Stiftungen der freiheitlich demokratischen Grundordnung verpflichtet wissen. Dies wurde 2023 mit dem 1StiftFinG durch den deutschen Bundestag gesetzlich verankert. Siehe §2 (4) StiftFinG.

Wir sind besorgt über den wachsenden Rechtsextremismus, das Erstarken der „Alternative für Deutschland“ (AfD) und ihren Kampf gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung. Die AfD ist ein drittes Mal in den deutschen Bundestag eingezogen und ihre parteinahe Stiftung, die „Desiderius-Erasmus-Stiftung“ (DES), würde nach §2 (2) StiftFinG eine staatliche Finanzierung erhalten. Es ist zu befürchten, dass damit Gelder in Projekte gegen die Demokratie und zur Förderung rechten Gedankenguts verwendet wird.

Die AfD gilt als Verdachtsfall, eine Partei mit "gesichert rechtsextremistischer Bestrebung" zu sein. Der Verfassungsschutz schlug Anfang Mai 2025 vor, die AfD als „gesichert rechtsextrem“ einzustufen, dies wird aktuell gerichtlich geprüft. Die DES ist nicht nur die parteinahe Stiftung der AfD, der Großteil der Vorstandsmitglieder, u.a. die Vorsitzende Erika Steinbach, sind Mitglieder dieser Partei und teilweise Mitglieder in "gesichert rechtsextremen" Landesverbänden. Daraus erschließt sich für uns der dringende Verdacht, dass auch diese Funktionäre ein rechtsextremes Gedankengut haben und verbreiten.

Das „Deutsche Institut für Menschenrechte“ schrieb bereits 2022 „Eine staatliche Förderung der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung ist nicht mit den in Artikel 1 Absatz 1 Grundgesetz und den im Internationalen Übereinkommen gegen rassistische Diskriminierung (ICERD) verbrieften Garantien vereinbar. Sie würde den auf den Grund- und Menschenrechten basierenden staatlichen Bildungsauftrag konterkarieren.“ (Fußnote 1)

(dieser Satz an Bundesinnenminister Dobrindt) Daher fordern wir Sie auf, die DES aus der staatlichen Finanzierung auszuschließen siehe §2 (4) StiftFinG.

(Dieser Satz an alle anderen) Daher fordern wir Sie auf, sich mit Nachdruck gegenüber dem Bundesinnenminister für den Ausschluss der DES von der staatlichen Finanzierung einzusetzen siehe §2 (4) StiftFinG.

Danke, dass Sie sich mit uns gemeinsam für eine starke und wehrhafte Demokratie einsetzen.

Gerne stehen wir für Rückfragen oder einem persönlichen Gespräch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Vorsitzende des Landesjugendkonvents

Quellen:

(1): Institut für Menschenrechte: Darf die AfD-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung mit staatlichen Mitteln gefördert werden?

<https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/aktuelles/detail/darf-die-afd-nahe-desiderius-erasmus-stiftung-mit-staatlichen-mitteln-gefoerdert-werden> (letzter Aufruf 31.05.2025)

Zu ähnlichen Einschätzungen kommen folgende Studien:

1. Arne Semsrott/Matthias Jakubowski: Desiderius-Erasmus-Stiftung. Politische Bildung von Rechtsaußen, Otto Brunner Stiftung Arbeitspapier 51, Frankfurt am Main 2021

2. Erik Meyer/ Claus Leggewie: Politische Bildung in einer polarisierten Gesellschaft: Zur Debatte um die staatliche Förderung der Desiderius-Erasmus-Stiftung, Gießen 2021

2. Den Landessynodalausschuss, den Landeskirchenrat, den Landesvorstand des Bayerischen Jugendrings, den Vorstand der aej und den Rat der EKD darum bitten, sich bei politischen Entscheidungsträger:innen für ein Verhindern der Finanzierung der DES einzusetzen.

3. Den bei 1. stehenden Brief als Vorlage an unsere Mitgliedsverbände und Dekanatsjugenden zu schicken, mit der Bitte diesen an MdBs und den Bundesinnenminister zu versenden.

Abstimmung:

Der Antrag wird mit 91 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung angenommen.